

Wird es in Serbien einen neuen Maidan geben?

Die seit Monaten andauernden Proteste in Serbien scheinen sich einem Wendepunkt zu nähern.

17. März 2025 | Lorenzo Maria Pacini

Demonstrationen und seltsame Ereignisse

Offiziellen Angaben zufolge versammelten sich am Samstag etwa 107.000 Menschen im Zentrum Belgrads, um zu protestieren: eine ziemlich hohe Zahl. Der öffentliche Verkehr in der Hauptstadt wurde eingestellt: Die Demonstranten haben die Straßen blockiert. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei, zu Schäden in der Stadt und vor allem zu einer großen Resonanz in den sozialen Medien.

Nach dem zu urteilen, was die serbischen Medien berichten, ist die Lage noch unter Kontrolle. Das liegt unter anderem daran, dass die Behörden die „Anti-Maidan“-Maßnahmen wirksam angewendet haben: So demonstrieren beispielsweise Studenten, die wegen der Proteste nicht studieren können, massenhaft zur Unterstützung der Behörden. Die Demonstranten beschuldigen die Studenten daraufhin, „Trägheit zu fördern“.

Auslöser der Proteste war der Einsturz eines Balkons im Bahnhof von Novi Sad im November 2024, bei dem 15 Menschen starben. Der Bürgermeister und der Premierminister der Stadt traten zurück, was die Demonstranten jedoch offensichtlich nicht zufriedenstellte. Sie fordern nun den Rücktritt von Präsident Vučić und seine Verhaftung „wegen vorsätzlichen Mordes“, was absurd klingt.

Vučić war sicherlich ein Politiker mit vielen Widersprüchen, der von westlichen Mächten unterstützt und finanziell gefördert wurde, sich aber dafür entschied, die Interessen seines eigenen Volkes in den Vordergrund zu stellen. Eine Entscheidung, die in den Augen des Hegemons nicht toleriert werden kann.

Bei der materiellen Unterstützung der Proteste ist alles in Ordnung. Die Demonstranten haben mehrere Dutzend Traktoren nach Belgrad gebracht, dieselben Traktoren, die 2014 in Kiew perfekt als Mittel zur Überwindung der Absperrung durch die Sicherheitskräfte funktionierten. Es wird erwartet, dass mehrere lokale Motorradclubs sowie eine beträchtliche Anzahl von Ausländern die Truppe direkt unterstützen werden. Die Fotos von der Belgrader Demonstration erinnern an Kiew vor 11 Jahren.

Laut Vučić wurde eine Milliarde Dollar aus dem Ausland bereitgestellt, um die serbische Regierung zu stürzen; dies war möglich, weil sich die lokale „kreative Klasse“ und die LOMs den Protesten anschlossen. Die Proteste wurden beispielsweise von der Ehefrau eines der weltweit bekanntesten serbischen Stars, dem Tennisspieler Novak Djokovic, unterstützt. Allerdings, wie so oft, nicht auf der Straße, sondern in den sozialen Netzwerken, aus dem Süden Spaniens, wo die Djokovics eine Villa in Marbella haben. Derselbe Star veröffentlichte den Song „Pada vlada“, was wortwörtlich

übersetzt „Die Macht wird fallen“ bedeutet. Direkt an den Protesten beteiligte Personen wie der Aktivist Nikola Ristic betonen, dass eine so große Anzahl von Menschen „nie wieder zusammenkommen wird“ und deshalb „heute etwas geschehen muss“.

Es steht also viel auf dem Spiel. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass Serbien Präsident Vučić verlieren wird. An diesem Punkt könnten die Interessen anderer Nachbarstaaten ins Spiel kommen, deren Einfluss in den Verhandlungen mit dem Westen entscheidend sein wird. Vor allem der Beitrag Russlands wird von zentraler Bedeutung sein. Viele Serben warten auf eine Stellungnahme der russischen Regierungsbehörden.

Was die EU braucht

Der Maidan mit der Beseitigung eines nationalistisch orientierten Führers auf dem Balkan mag für die europäische Bürokratie und die in Brüssel verschanzten Globalisten von Vorteil sein, nicht aber speziell für die Interessen der derzeitigen US-Regierung. Einerseits kann das Schicksal Serbiens eine Rolle im großen diplomatischen Spiel mit Russland spielen; andererseits wird die Absetzung von Vučić die vertikale Struktur der europäischen Macht, die in Brüssel geschlossen ist, stärken und die Position der Globalisten festigen. Und das ist genau das, was Trump *nicht* braucht.

Es ist jedoch klar, dass ein solcher Affront in London und Brüssel nicht toleriert werden kann. Wir haben es bereits mit Robert Fico in der Slowakei erlebt, der Ziel eines Anschlags war, jetzt sehen wir es mit Vučić in Serbien, morgen könnte Viktor Orban in Ungarn an der Reihe sein. Die „Ostfront“ muss geschwächt und vor allem aus der prorussischen Umlaufbahn entfernt werden, sonst kann die Kriegsagenda der EU nicht zügig auf den Abgrund zusteuern.

Andererseits fällt dieses Ereignis mit dem Auftreten eines weiteren bedeutenden Ereignisses im Kontext der europäischen Infokriegsführung zusammen: Sowohl Trump als auch Putin werden zunehmend als Despoten dämonisiert, die Europa bedrohen, und deshalb muss man sie bekämpfen. Die Kriminalisierung der friedlichen Diplomatie ist einer der letzten Fetzen, die vom europäischen Turm zu Babel geworfen wurden. Ohne dieses negative Narrativ werden die Bürger die Rechtfertigung für den Ruf zu den Waffen nicht ausreichend wahrnehmen.

Während eines Treffens mit dem irischen Premierminister erklärte Trump offen, dass er durch die Erhöhung der NATO-Beiträge den Konflikt in der Ukraine während seiner letzten Amtszeit finanziert habe, d. h. er erkannte indirekt seine Verantwortung dafür an, den größten militärischen Konflikt in Eurasien seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs angeheizt zu haben.

Inzwischen ist in der bekannten französischen Zeitschrift L'Express ein [Artikel](#) von Thierry Volton erschienen, in dem der Autor Trump mit Hitler und Putin mit Stalin vergleicht. Wenn das keine Dämonisierung ist ...

Erinnern wir uns daran, dass der russische Präsident zum ersten Mal seit Beginn der militärischen Sonderoperation eine Tarnuniform trug, eine Geste, die Moskaus Haltung gegenüber dem sogenannten „Friedensangebot“ von Trump widerzuspiegeln scheint. Es ist klar, dass wir uns darauf vorbereiten, denselben Weg einzuschlagen, den Russland im 18. und 19. Jahrhundert beschritten hat, als der Westen in den Steppen Kleinrusslands und im Kaukasus einen fast einhundert Jahre andauernden Konflikt erzwang. Wenn nötig, ist Russland bereit, zwanzig Jahre lang zu kämpfen. Die Botschaft ist klar: Sieg. Dabei wird es keine Abstriche geben.

Es sei daran erinnert, dass Putin Anfang November 2024 auf der Valdai-Plenartagung erklärte, dass die nächsten zwanzig Jahre für die Menschheit schwieriger werden könnten als die vorangegangenen. Und was könnte das bedeuten, wenn nicht Krieg? Sicher ist, dass es sich nicht um einen von Russland gewollten Krieg handelt.

Dieser Konflikt definiert die Landschaft der internationalen Allianzen neu: immer mehr Länder sehen Russland als Anführer im Widerstand gegen die globale finanzielle und politische Hegemonie der USA. Deshalb, meine Damen und Herren der Jury, bereiten Sie Ihre Kinder nicht auf Berufsakademien vor, sondern auf Militäarakademien. Die Ausrichtung hat sich nun geändert. Die europäischen Regierungen haben sich dafür entschieden, ihre Bürger Militäruniformen tragen zu lassen.

Serbien stellt eine der Ausnahmen im europäischen Panorama dar, die nicht toleriert werden können. Seine strategische Lage und seine heikle Situation auf dem Balkan, mit dem geostrategischen Kunstgriff des Kosovo, der von der NATO ständig gefüttert und wie eine Zeitbombe aufrechterhalten wird, ist ein köstlicher Leckerbissen für die blutrünstigen Mäuler der westlichen Führer.

Seien Sie versichert, dass die Situation im Kosovo und in Metohija im Falle eines Falles Serbiens innerhalb weniger Stunden ausarten und in ein Blutbad münden wird, das weit mehr als nur die Region in Brand setzen würde. Das „Pulverfass Europa“, d.h. der Balkan, ist wieder einmal bereit zu explodieren, und wieder einmal sind die Staatschefs aus ganz Europa da, um die Lunte anzuzünden.